

Volkszeitung

Nr. 71.

Erscheint 3mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonntags, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellenbesuche 50%, Angebote 25%, Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Zamenhofs 17, III-16
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5-6 Uhr.
Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat November beträgt 2 Zloty, wöchentlich 50 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

2. Jahrg.

Unsere Stellungnahme zur polnischen Außenpolitik.

Von

Artur Kronig, Sejmabgeordneter.

Ein Zwischenfall, der sich im Laufe der Debatte über die Exposés des Ministerpräsidenten und des Außenministers ereignete, zwang den Sejm zu einer unzweideutigen Stellungnahme zur Außenpolitik der Regierung.

Der Präses des nationalen Volksverbandes, des größten Sejmklubs, Abg. Glabinski, richtete einen heftigen Angriff gegen den Außenminister Strzynski, und stellte dessen Politik als gefährbringend für den polnischen Staat hin. Glabinski erhob gegen die Regierung den schweren Vorwurf, daß sie fremden Mächten und fremden Elementen gegenüber zu viel Nachgiebigkeit gezeigt hätte.

Diesen Vorwurf konnte die Regierung selbstverständlich nicht auf sich sitzen lassen, denn er bedeutete nichts weniger als daß die Regierung den Interessen des polnischen Staates geschadet hätte. Die Regierung zog dann auch daraus die Konsequenzen und Grabski trat vor dem Sejm mit einer Deklaration, in der er erklärte, daß die Regierung unter solchen Umständen den Sejmdebatten nicht länger beiwohnen könne, worauf sämtliche Minister den Sitzungssaal verließen.

Dieser Zwischenfall versetzte das ganze Parlament in eine leicht begreifliche Erregung. Die Auffassung der meisten Abgeordneten ging dahin, daß Grabski den scharfen Angriff von seiten der Rechten in schlauder Weise dazu bemühen wollte, um ein Vertrauensvotum für seine Regierung zu erlangen. Grabski selbst erklärte jedoch im Seniorenkongress, daß es ihm einzig und allein darum ging, Genugtuung für die der Regierung ins Gesicht geschleuderte Beleidigung zu erzielen.

In dieser Richtung ging denn auch der weitere Verlauf des Zwischenfalls. Der Klub der polnischen Sozialisten machte den Versuch, die Angelegenheit durch Einbringung nachstehenden Antrages aus der Welt zu schaffen:

Der Sejm erklärt, daß die Außenpolitik der Regierung den Interessen und der Würde der Republik entspricht.

Der Ministerpräsident erklärte im Seniorenkongress, daß die Annahme eines solchen Antrages der Regierung volle Genugtuung geben würde.

Im Verlaufe des Mittwochs und Donnerstages kristallisierte sich die Stellungnahme der einzelnen Parteien. In der Plenarsitzung von Donnerstag gaben die Vertreter sämtlicher Klubs kurzgehaltene Deklarationen ab, in denen sie ihren Standpunkt zur Außenpolitik kundgaben. Die Abstimmung ergab für den erwähnten Antrag der P. P. S. (Abg. Niedzialowski) 210 Stimmen, während 170 Abgeordnete dagegen stimmten. Die Anträge der Juden und Ukrainer wurden als nicht mehr aktuell beiseite gelegt. Für den Antrag der P. P. S. stimmten: die P. P. S., die „Wyzwolenie“, der Bauernbund (Brylgruppe), die Christliche Demokratie, der „Piast“, die N. P. K., der Deutsche Klub, die „Chliboroby“ und die Olongruppe.

Die Deklaration des Abg. Kronig zur polnischen Außenpolitik.

Die Deklaration, die Abg. Artur Kronig am Donnerstag im Sejm im Namen der Deutschen Vereinigung abgab, hat folgenden Wortlaut:

„Der deutsche Klub nimmt die von den Linksparteien aufgestellte Formel an, die das Einverständnis des Sejm mit der Auswärtigen Politik des Außenministers enthält. Wir sehen nämlich, wie wir dies übrigens schon oft festgestellt haben, in einer Politik, die den hohen Grundsätzen des Völkerbundes entspricht, die beste, ja sogar die einzige Garantie für die erspriessliche Entwicklung unseres Staates. Weiterhin bildet eine friedliche Politik nach außenhin die Grundlage für die langsame Vorbereitung einer Atmosphäre, in der die völkischen Minderheiten in Polen eine würdige und gerechte Behandlung erhoffen können.“

Zwar kann von einer solchen Atmosphäre bei uns im Exade

heute noch keine Rede sein; auch hat der Außenminister während seiner Anwesenheit in Genf leider unsere innere Lage, ganz besonders aber die Lage der nationalen Minderheiten in einem Lichte dargestellt, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Es ist klar, daß von unserer Seite ein jeder Minister, der zur Befundung der nationalen Verhältnisse und zur Befestigung des chauvinistischen Geistes beizutragen, unsere Unterstützung finden wird. Andererseits aber werden wir weiterhin den Geist bekämpfen, der bis zum heutigen Tage die Regierung in ihrer Gesamtheit beherrscht.

Wir stellen daher fest, daß unsere Stellungnahme zu dem Antrag der Linken in keiner Weise unser bisheriges Verhältnis zur Regierung beeinflusst. Wir behalten uns daher das Recht der schärfsten Kritik der Regierung und ihrer einzelnen Ressorts in der weiteren Budgetdebatte vor.“

Keine Niederlage Labours.

Trotz Mandatverluste — Stimmenzuwachs der englischen Arbeitspartei.

Die englischen Wahlen am vergangenen Mittwoch brachten der englischen Arbeitspartei nicht, wie anfänglich angenommen, eine Niederlage, sondern einen recht bedeutenden Sieg. Allerdings hat das Endergebnis, wie wir vorausgesagt haben, in der Mandatzahl nichts geändert. Die Konservativen erhielten 415 Mandate, die Liberalen 44, die Arbeitspartei 152 und die Unabhängige Partei 4. Somit gewannen die Konservativen 156 Mandate, während die Liberalen 112, die Arbeitspartei 43 und die Unabhängigen 1 Mandat verloren haben.

In der ganzen Welt ist die erreichte Mandatzahl das Spiegelbild der Stärke der betreffenden Partei. Anders aber sieht diese Sache in England aus. Das veraltete und ungerechte Wahlsystem bringt es in England zustande, daß die Stärke der Partei gar nicht im Verhältnis zu der Mandatzahl steht. Der Wahlmodus ist dort bekanntlich ein solcher, daß jeder Wahlbezirk nur einen Abgeordneten wählt. Entscheidend für die Wahl ist natürlich die Stimmenmehrheit. Gewählt ist derjenige Kandidat, der die meiste Stimmenzahl auf sich vereinigte, obwohl seine zwei Gegner aus anderen Parteien oft zusammen fast doppelt soviel Stimmen erhalten haben als er selbst.

Und so stellt sich das tatsächliche Wahlergebnis der Mittwochwahlen in England wie folgt dar:

Die Konservativen erhielten 7768498 Stimmen gegenüber 5417094 bei den letzten Wahlen, die Arbeitspartei 5596828 gegenüber 4477615 und die Liberalen 3063616 gegenüber 4254556.

Diesem Stimmenverhältnis entsprechend dürften bei einer anderen Wahlordnung die Konservativen höchstens 270 (statt 415) Mandate erhalten, während die Arbeitspartei 210 (statt 152) und die Liberalen 120 (statt 44) haben müßten.

Diese Ziffern beweisen, daß die Arbeitspartei einen Stimmenzuwachs von über 1100000 Stimmen zu verzeichnen hat, während die Liberalen 1200000 Stimmen an die Konservativen verloren haben. Durch die Wahlverständigung der Konservativen mit den Liberalen konnten die ersteren in vielen Wahlbezirken die Stimmenmehrheit erhalten. Würde diese Verständigung aber

nicht erfolgt sein, d. h. wären aber die drei Parteien in allen Wahlbezirken selbständig aufgetreten, so hätte die Labour-Party anstatt des Mandatrückganges einen ganz bedeutenden Mandatenzuwachs zu verzeichnen, der Macdonald im Amte belassen würde. Nur ein gemeinsames Vorgehen der anderen zwei Parteien könnte ihn stürzen.

Wie die aus London einlaufenden Nachrichten besagen, denkt Macdonald und die Arbeitspartei gar nicht daran, nach den Wahlen die Trauerfahne zu hissen und Trübsal zu blasen. Im Gegenteil. In der Arbeitspartei herrscht ob des Wahlergebnisses großer Jubel. Der Stimmenzuwachs beweist Macdonald und seinen Ministern, daß deren Politik bei den Wahlen nicht nur von den bisherigen Wählern anerkannt war, sondern daß diese Politik über eine Million neue Freunde erhalten hat. Macdonald unterstreicht in einem Manifest an die Partei diesen Sieg Labours und stellt die Behauptung auf, daß die Parteileitung auf einen solchen Erfolg gar nicht gerechnet habe. Das von Macdonald angefangene Friedenswerk muß von seinem Nachfolger, Baldwin, fortgeführt werden, wie überhaupt die Außenpolitik Englands auch bei einem konservativen Kabinett kaum eine Änderung erfahren wird. Dies deswegen, weil Baldwin gesehen hat, daß Macdonalds Politik trotz des Sinowjewbriefes und trotz der ungeheueren demagogischen Wahlarbeit der Konservativen gestiegen habe.

Im allgemeinen sind nur die Konservativen und Nationalisten Europas mit dem Wahlausgang zufrieden. Keinesfalls aber die Konservativen in England selbst. Diese beschäftigen sich in Versammlungen und in der gesamten Presse mit der „England drohenden Gefahr des stetigen Anwachsens der Einflüsse der Sozialisten.“

Und deswegen ist, mit nüchternen Augen betrachtet, der Wahlausgang in England ein neuer Sieg der Arbeiterschaft und des Sozialismus. Der nun folgende Regierungswechsel und die Anwendung konservativer Methoden in der Regierung wird die Arbeiterschaft Englands dem Endziel nur noch näher bringen. Die Führer der Arbeitspartei Englands betrachten das Jahr 1924 als eine bedeutungsvolle Etappe in der Entwicklung des sozialistischen Gedankens ihres Landes. Ik.

Gegen den Antrag erklärten sich die äußerste Rechte (nationaler Volksverband und Dubanowiczgruppe) sowie die Juden, Ukrainer und Weißrussen.

Die außenpolitischen Richtlinien Strzynskis haben somit auch unsere Billigung gefunden.

Es war uns nicht leicht gewesen, Strzynskis Politik voll und ganz zu billigen. Dies umsomehr, da wir schon oft mit aller Schärfe darauf hingewiesen haben, daß der Außen-

*) Siehe auch die diesbezüglichen Artikel in der „Lodz Volkszeitung“.

Mittelalter im 20. Jahrhundert.

Jüdischer Alerikalismus. — Der Papst steht nicht nach.

Aus Neufandec wird berichtet, daß das dortige Rabbinatskollegium den nachstehenden Beschluß an seine Gläubigen veröffentlicht hat:

Im Namen Gottes!

In der Sitzung des Rabbiners mit dem Rabbinatskollegium, welche zum Zwecke der Abhilfe gegen die sich immer mehr ausbreitenden verderblichen Sitten bei den Frauen, welche eigene Haare und Kleider mit Dekolletees tragen, stattgefunden hat, wurde, nachdem dies mit den Geboten unserer heiligen Lehre im Widerspruche steht, folgendes beschlossen:

a) Das Tragen eigener Haare, wenn auch nur zum geringen Teile, ist den Frauen verboten. Verboden ist auch das Tragen von Kleidern mit kurzen Ärmeln, weil solche die Arme entblößen. Alle jüdischen Frauen werden hiermit aufgefordert, sie mögen die durchsichtigen, schändlichen Kleidungen abwerfen (dann sind sie ganz nackt! — Seherlehrling) und die Männer hiedurch nicht zur Sünde verleiten, sonst werden sie rücksichtslos als leichtsinnige, unsittliche Personen betrachtet.

b) Es werden alle Gatten und Gattinnen dahin ermahnt, sie mögen ihre Betten nicht knapp nebeneinander stellen, diese müssen soweit von einander gestellt sein, damit Gott behüte, sich die Tüchens miteinander nicht berühren, weil das mit dem strengen Verbot, welches die Vorschriften für die Menstruation betrifft, im Widerspruch steht, vor dem uns der Barmherzigste behüten soll. Diejenigen, deren Betten nebeneinander stehen, werden rücksichtslos das Vertrauen in rituellen Angelegenheiten verlieren.

c) Den Verwaltern der Synagogen und Bethäuser wird verboten, jenen Frauen, welche eigene Haare und dekollierte Kleider tragen, Sitz in den Frauenabteilungen anzuweisen.

d) Es wird den Verwaltern der Synagogen und Bethäuser unserer Stadt verboten, fremden Personen Betgeräte, ob für Hochzeiten oder aus Anlaß von Trauer oder für andere Anlässe nach Hause zu verleihen.

Alle diese Verbote wurden durch uns herausgegeben entsprechend den Vorschriften unserer heiligen Lehre heute am zweiten Tage der Heiligen Gebete im Jahre 5684 in Neufandec...

Das Rabbinatskollegium der Stadt Neufandec: Leib Halberstamm m. p., Schulim Halberstamm m. p. Schrager Feiwisch Wolf m. p., Berisch Buchsbaum m. p.

Dieser Ukas hat auch schon seine Blüten gezeigt, denn wie man berichtet, sind in den Straßen der Stadt jüdische Knaben mit Geschirren voll Pech ausgerüstet herumgelaufen und haben mit diesem dekollierte Jüdinnen beschmiert. Der klerikale Terror des Mittelalters lebt in voller Blüte — wenigstens in Polen — wieder auf.

Der Papst will aber in diesem Kampfe nicht unfähig an der Seite bleiben. Die Presse berichtet, daß der Papst zu einem Kreuzzug gegen den Modernismus aufruft. Er geht auf die Kezzerjagd und hat den Abt Bonnaiuti aus Italien in Acht und Bann getan, weil er etwas lehrt, was der Papst, der Unfehlbare, modernistisch nennt. Es ist ja nichts Neues, daß Päpste gegen den Fortschritt und die Aufklärung kämpfen und gegen alles, was nicht rückständig unvernünftig ist. Wann in der Geschichte der römischen Kirche wurde nicht gegen die Freiheit und Weiterentwicklung der Menschheit gekämpft? Gut nur ist es, daß die Scheiterhaufen heute nicht mehr modern sind und daß der Papst heute nur noch Flüche austreuen kann, um die sich derjenige, den sie betreffen, gewöhnlich nicht stört.

Das päpstliche Beispiel hat auch in Warschau Nachahmer gefunden.

In der Nachbernardiner Kirche in Warschau und auch in einigen anderen Kirchen sind Flugblätter verteilt worden, die sich gegen die Unmoral in der Frauenkleidung wenden. Aber nicht nur um Frauen allein ging es in diesen Flugblättern. Im fünften Satz ist eine Aufforderung enthalten, die Kinder vor dem Verderben in der „Frühzeit ihres Lebens“ zu schützen. Zu diesem Zwecke werden geköpft Windeln angeordnet.

Nachdem der Aufruf auf die einzelnen Teile der ganzen Damentoilette ausführlich eingeht, fordert der Autor der Flugblätter Polen auf, „sich und die anderen Nationen vor der Schmach, ein Werkzeug in den Händen der jüdisch-freimaurerischen Geheimbünde zu werden, die sich an die Spitze der großen Modehäuser gestellt haben und somit das Monopol für die Erfindung von Moden besitzen, zu schützen.“

Schließlich verlangt das Flugblatt die Entfernung der Korsetts aus den Schaufenstern. Diesen naiven Forderungen sind verschiedene fromme Zitate beigemischt worden. Diese Bonzen sehen die tausenden Erscheinungen von Elend und Entbehrungen der Nachkriegszeit nicht. Die Ausstellung von Korsetts und sogar der Anblick eines nicht genügend bekleideten Säuglings bringt sie jedoch aus dem Häuschen.

Möchten die Herrschaften sich nicht doch lieber zu nützlicherer Arbeit nehmen?

Aus aller Welt.

Ein tollkühner Eisenbahnräuber. Vor dem Schöffengericht in Berlin hatte sich wegen einer großen Reihe ungemein verwegener und gefährlicher Eisenbahndiebstahle der vielfach vorbestrafte Arbeiter Edmund Nowak in Gemeinschaft mit acht weiteren Angeklagten zu verantworten. Eines Tages will der Angeklagte auf dem Güterbahnhof gesehen haben, wie ein Zivillist in Gemeinschaft mit einem Eisenbahnbeamten in aller Gemütsruhe einen Postwagen beraubte. Dies brachte ihn auf den Gedanken der Postwagenberaubung im großen Stile. Er wendete dabei eine höchst lebensgefährliche Methode an. Beim Verlassen der Züge auf dem Schlesiischen Bahnhof sprang er auf die linke Seite des in voller Fahrt befindlichen Zuges, kletterte auf den Trittbrettern zum Postwagen. Nachdem er die Verschlüsse mit einer Zange geöffnet hatte, ging er an die Beraubung des Wagens. Um mit seiner Beute an der rechten Seite abspringen zu können, kletterte er während der Fahrt mit seinen Beutestücken unter den Wagen hindurch und sprang dann ab. Mehrfach hat er sich hierbei Schaden getan und sich auch den Fuß verstaucht. Das hinderte ihn jedoch nicht, neue Raubzüge zu unternehmen. Die übrigen

Inserate haben in der „Lodzzer Volkszeitung“ Erfolg.

Angeklagten waren der Beihilfe und der Fehllehre beschuldigt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Nowak drei Jahre Zuchthaus und Ehrverlust; gegen die übrigen Angeklagten teils Freisprechung, teils Gefängnisstrafe. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis gegen Nowak, gegen die fünf anderen Angeklagten auf ein bis fünf Monate Gefängnis.

Einen unheimlichen Totenkult trieb der Artist K. aus der Koppstraße in Neufölln. Seine Frau starb vor drei Jahren und wurde auf dem Friedhof in der Hermannstraße bestattet. K. konnte den Schmerz über den Tod seiner Frau nicht verwinden und besuchte fast allnächtlich ihr Grab. Er brachte ihr allerhand Geschenke, Blumen, ja sogar eine Wärmeflasche. Dies allein genügte ihm jedoch mit der Zeit nicht mehr und er schaukelte sich von einer benachbarten Familiengruft einen Gang bis zum Grabe seiner Frau. Er mußte seine Frau sehen. In den Morgenstunden pflegte er sich zu entfernen und über die Friedhofsmauer den Friedhof zu verlassen, nachdem er alle Spuren auf dem Grabe unkenntlich gemacht hat. Erst neulich wurde das unheimliche Gebaren des Mannes entdeckt.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

An unsere Volksgenossen!

Wir machen hiermit bekannt, daß das Generalsekretariat der D. A. P., Zamenhofs 17, seit dem 15. Oktober ab jeden Tag, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen, von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends tätig ist. Es werden von dem Parteisekretär Auskünfte über Umsatz-, Einkommen- und Mietsteuer, in Rechts- und Krankenkassenangelegenheiten und in Wohnungs-, Schul- und allgemeinen Fragen erteilt. Desgleichen werden auch Bittschriften gegen eine Spende, die für die Erhaltung der Geschäftsstelle der D. A. P. bestimmt ist, verfaßt.

Jeder Deutsche, der eine Auskunft in obigen Angelegenheiten wünscht, wende sich an das Sekretariat der D. A. P., Zamenhofsstraße Nr. 17.

Das Generalsekretariat der D. A. P.

An die Ortsgruppen der D. A. P.

Der Vertrieb der Extramarken.

Gemäß der Parteifugungen und des Beschlusses des letzten Parteirat, ist der Hauptvorstand der D. A. P. zur Ausgabe von Beitragsextramarken zum Preise von 50 Groschen für zahlungsfähigere Mitglieder geschritten. Die Extramarken sind ein freiwilliger, kein zwangsweiser Mitgliedsbeitrag. Die Extramarken können auch an Freunde der Partei verkauft werden.

Die Ortsgruppen haben sich um die Extramarken an den Parteisekretär zu wenden.

Der Hauptvorstand drückt die Hoffnung aus, daß die Ortsgruppen zum Verkauf der Marken ihr Möglichstes beitragen werden.

Der Hauptvorstand der D. A. P.

Briefkasten.

Ein Mitbeschädigter. Ihre Zuschrift hat uns erreicht. Wir waren es seinerzeit gewesen, die auf diese Angelegenheit ausführlich hinwiesen. Daß die Abgeordneten auf Grund Ihres Briefes etwas unternehmen könnten, ist ausgeschlossen. Sie müssen Einzelsfälle anführen, Namen und Adressenmaterial besitzen. Ihnen und Ihren Leidensgenossen kann geholfen werden, doch müssen Sie bei den Abgeordneten vorsprechen und dieselben mit Material versehen.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Aut. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Im Verlage der „Lodzzer Volkszeitung“ ist erschienen:

Programm und Organisationsstatut der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Preis eines Exemplars 10 Groschen. Erhältlich im Parteilokal, Zamenhofsstraße 17, sowie durch die Zeitungsaussträger.

Stehspiegel (Trumeaux)

gegen Ratenzahlungen zu haben in der Spiegelfabrik, Lodz, Juliusstr. 20.

Sie kaufen gut und billig Ihre Herbst- u. Wintergarderoben gegen bar und Ratenzahlungen nur bei

„WYGODA“ Petrikauer 238

Damen- und Herren-Garderoben sowie Manufakturwaren in größter Auswahl.

Bemerkung: Bestellungen werden in den eigenen Werkstätten binnen 4 Tagen ausgeführt. (Filialen besitzen wir nicht).

Schuhwaren

kaufen Sie billig bei R. Stoklos, Lodz, Wólczajska 161.

Das am besten orientierte politische Organ der Deutschen Polens ist die Lodzzer Volkszeitung

Daher sollte sie von allen werktätigen Deutschen gelesen werden.

Abonnementspreis: monatlich 1 Zloty 40 Gr. Geschäftsstelle Zamenhofsstraße 17, III.

In großer Auswahl: Elegante Damen-Mäntel. neueste Fassons mit Pelz garniert bis zu den elegantesten von 44.- bis 180.-. Herren-Anzüge 125.- 110.- 75.- 60.- 45.-. Kammgarn-Hose 42.- 32.- 28.-. Ulster 115.- 95.- 75.- 52.-. Winter-Paletots 150.- 120.-. Kinder-Mäntel 45.- 32.- 23.-. Damen-Mäntel-Modelle. Reizende Sachen sind eingetroffen. Mäßige Preise. Schmechel & Rosner, A.-G. Lodz, Petrikauer Straße 100 und Filiale 160